Deutscher Bundestag **Drucksache 19/10741**

19. Wahlperiode 06.06.2019

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Matthias Höhn, Matthias W. Birkwald, Dr. Gesine Lötzsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/9820 –

Erstattungen der ostdeutschen Länder für die Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der DDR

Vorbemerkung der Fragesteller

Alle Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der DDR wurden 1990 mit dem Einigungsvertrag in die gesetzliche Rentenversicherung überführt. Da die ostdeutschen Bundesländer nach der Logik des westdeutschen Sozialversicherungssystems als Funktionsnachfolger jener Institutionen galten, für die analog auch die westdeutschen Länder die Altersversorgung übernehmen, beispielsweise für die Landespolizei, müssen die Ostländer die entsprechenden DDR-Rentenanwartschaften teilweise oder ganz finanzieren. So erstatten die ostdeutschen Bundesländer dem Bund insgesamt mehr als die Hälfte der Kosten für die überführten Ansprüche aus DDR-Sonder- und Zusatzversicherungssystemen. Das betrifft die Rente für DDR-Feuerwehrleute genauso wie die freiwillige Zusatzversicherung im Sinne von Betriebsrenten für Lehrerinnen und Lehrer oder Ingenieurinnen und Ingenieure (vgl. Bundeshaushaltsplan 2019, Einzelplan 11 Titel 232 01 und Einzelplan 60 Kapitel 6067 Titelgruppe 04, Anlage zum Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 vom 17. Dezember 2018, www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&start=//*[@attr_id=%27bgbl118s2528.pdf%27]#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl118s2528.pdf%27%5D__1556783470581).

Für die ostdeutschen Länder ist dies nach Ansicht der Fragesteller eine hohe und ungerechte Belastung, weil sie keine Rücklagen bilden konnten. Die steigenden Kosten wirken den Bemühungen der Länder zur Haushaltskonsolidierung entgegen. Allein im Jahr 2020 werden die ostdeutschen Länder dem Bund aufgrund der Rentenanpassung rund 108 Mio. Euro zusätzlich erstatten müssen (vgl. Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte und zur Bestimmung weiterer Werte zum 1. Juli 2019). Ostdeutschland ist großflächig von dem Phänomen der Strukturschwäche betroffen. Es steht nach Auffassung der Fragesteller außer Frage, dass den ostdeutschen Ländern in dieser angespannten Situation nicht weiterhin ungerechtfertigt die Finanzierung einer Bundesaufgabe aufgebürdet werden darf. Die gesetzliche Rentenversicherung und damit auch die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR sind Angelegenheit des Bundes.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 4. Juni 2019 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD haben sich die Regierungsparteien auf einen schrittweise höheren Anteil des Bundes bei den Erstattungen an die Rentenversicherung für die Ansprüche aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der DDR und damit auf eine Entlastung der ostdeutschen Bundesländer geeinigt.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Im Staats- und Einigungsvertrag ist im Zuge der Deutschen Einheit festgelegt worden, dass der Grundsatz der Funktionsnachfolge als Maßstab für die Finanzierungsverantwortung der in die gesetzliche Rentenversicherung überführten Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystem der DDR anzuwenden ist. Dementsprechend wurde im Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) die Verteilung der Finanzierungsverantwortung zwischen Bund und neuen Ländern sowie Berlin für die der Rentenversicherung zu erstattenden Rentenanteile, die auf der Zugehörigkeit zu einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem beruhen, geregelt.

Die Übernahme der mit der Überführung in die gesetzliche Rentenversicherung entstandenen Rentenansprüche im Bereich der Sonderversorgung für die Volkspolizei obliegt den neuen Ländern mit der Funktionsnachfolge als ureigene Aufgabe im Rahmen der föderalen Ordnung ebenso wie die alten Länder die Finanzierungsverantwortung für die Altersversorgung ihrer ehemaligen Polizisten tragen.

Bei der Zusatzversorgung tragen die neuen Länder – mit Ausnahme der Parteienversorgungen, die der Bund in vollem Umfang übernimmt – 60 Prozent der Erstattungslasten nach dem AAÜG. Ursprünglich lag dieser Anteil sogar bei 66 Prozent. Der geltende Verteilungsschlüssel berücksichtigt, dass ein Großteil der AAÜG-Erstattungslasten auf Berufsgruppen in Beschäftigungsbereichen entfällt, deren Versorgungslasten auch in den alten Ländern von diesen teilweise oder vollständig getragen werden. Das betrifft u. a. die Bereiche öffentliche Verwaltung, Universitäten, Schulen, Kindergärten und Gesundheitswesen.

Die Versorgungslasten der ostdeutschen Länder insgesamt (inklusive AAÜG-Erstattungen) liegen um etwa ein Drittel unter denen der westdeutschen Länder. Dies gilt sowohl für die Ausgabenanteile wie auch für die Ausgaben je Einwohner.

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Erstattungen der neuen Länder und Berlin ist festzuhalten, dass bereits seit einigen Jahren ein struktureller Rückgang der erstattungspflichtigen Rentenanwartschaften erkennbar ist und dass der Anstieg der nominalen Erstattungsbeträge nur noch aus den Rentenanpassungen in den neuen Ländern resultiert.

Im Vergleich zu den neuen Ländern und Berlin steigen die vom Bund zu leistenden nominalen Erstattungsbeträge stärker an, was insbesondere auf den personellen Ausbau der NVA und des MfS, den die DDR bis zu Ende ihres Bestehens betrieben hat, zurückzuführen ist.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass der Bund gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung im Außenverhältnis zunächst sämtliche AAÜG-Erstattungslasten trägt, es sich bei der „Erstattung der ostdeutschen Länder an den Bund“ der Sache nach aber nicht um eine eigenständige Erstattungsverpflichtung der ostdeutschen Länder gegenüber dem Bund handelt, sondern um originäre Erstattungsverpflichtungen der ostdeutschen Länder gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung, für die der Bund lediglich in Vorleistung tritt.

1. Mit welchen Erstattungen der ostdeutschen Länder für die überführten Ansprüche aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR rechnet der Bund in den Jahren 2019 bis 2030 (bitte die jeweilige Höhe für jedes Jahr einzeln sowie für jedes ostdeutsche Bundesland angeben)?

Für das Haushaltsjahr 2019 sind im Bundeshaushalt Ausgaben des Bundes für die Erstattung von Aufwendungen der Deutschen Rentenversicherung aufgrund der Überführung von Zusatzversorgungssystemen in die Rentenversicherung in Höhe von rund 3,5 Mrd. Euro (einschließlich Erstattungen für Verwaltungskosten) veranschlagt; den Ausgaben stehen Erstattungen der Länder im Beitrittsgebiet für Aufwendungen aufgrund der Überführung von Zusatzversorgungssystemen in die Rentenversicherung in Höhe von rund 2 Mrd. Euro gegenüber. Mittelfristig könnten die Ausgaben des Bundes bis zum Jahr 2023 um knapp 0,3 Mrd. Euro, die darin enthaltenen Erstattungen der Länder um knapp 0,2 Mrd. Euro ansteigen.

Für die überführten Ansprüche aus den geschlossenen Sonderversorgungssystemen sind im Bundeshaushalt für das Jahr 2019 Erstattungen der Länder im Beitrittsgebiet in Höhe von rund 0,9 Mrd. Euro sowie Ausgaben in Höhe von rund 2,2 Mrd. Euro veranschlagt. Von den Ausgaben entfallen rund 1,3 Mrd. Euro auf den Bund und rund 0,9 Mrd. Euro auf die Länder; eine Aufteilung auf einzelne Länder wird dabei ebenfalls nicht vorgenommen. Mittelfristig könnten die Ausgaben des Bundes bis zum Jahr 2023 um knapp 260 Mio. Euro, die darin enthaltenen Erstattungen der Länder um etwa 50 Mio. Euro, ansteigen.

2. Wie hoch waren die Erstattungen der ostdeutschen Länder für die überführten Ansprüche aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR insgesamt seit 1992?

Die erfragten Informationen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Für die Jahre 1992 bis 2005 wurden die Erstattungsanteile der Länder im Beitrittsgebiet entsprechend ihres Finanzierungsanteils abgeleitet.

Die von den Ländern im Beitrittsgebiet anteilig zu erstattenden Verwaltungskosten und Zinsen sind in den Erstattungen enthalten. Die Zuordnung der Verwaltungskosten für die Jahre 1992 bis 1994 erfolgte durch Schätzung, da hierzu keine Daten mehr zur Verfügung stehen.

Erstattungen der Länder im Beitrittsgebiet für die Ansprüche aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen

Erstattungen* der Länder im Beitrittsgebiet für:		
Jahr	Aufwendungen aufgrund der Überführung von Zusatzversorgungssystemen in die Rentenversicherung	Leistungen für die Sonderversorgungssysteme im Beitrittsgebiet
	in Tsd. Euro	
1992	212.675	374.448
1993	220.127	406.159
1994	303.543	449.385
1995	701.030	496.413
1996	675.688	578.456
1997	699.237	674.597
1998	749.236	725.045
1999	833.921	714.037
2000	1.084.248	717.514
2001	1.437.088	762.087
2002	1.788.803	813.844
2003	1.620.900	782.698
2004	1.537.334	770.150
2005	1.546.136	763.635
2006	1.616.743	816.364
2007	1.626.360	762.255
2008	1.605.420	763.365
2009	1.580.504	771.914
2010	1.555.721	772.049
2011	1.786.803	820.801
2012	1.675.635	792.879
2013	1.697.258	796.358
2014	1.732.744	803.366
2015	1.766.656	812.833
2016	1.823.249	830.428
2017	1.886.114	851.291
2018	1.917.551	865.222

* einschließlich anteilig zu erstattender Verwaltungskosten und Zinsen sowie nicht überführte Sonderversorgung

Quelle: 1992 bis 2005 Jahresabrechnungen der gesetzlichen Rentenversicherung, ab 2006 AAÜG-Jahresabrechnungen der Länder

3. Wie werden sich nach den Modellrechnungen der Bundesregierung die Ausgaben und die entsprechenden Erstattungen der überführten Ansprüche aus den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen in den kommenden 15 Jahren entwickeln (bitte nach einzelnen Bundesländern und Bund aufschlüsseln)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Berechnungen für einzelne Länder liegen nicht vor.

4. Warum werden die in Frage 3 genannten Ausgaben und Erstattungen im Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung nicht explizit ausgewiesen (vgl. Bundestagsdrucksache 19/6240, S. 40)?

Gemäß § 154 Absatz 1 und 3 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) hat die Bundesregierung im jährlich vorzulegenden Rentenversicherungsbericht „insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den künftigen 15 Kalenderjahren“ zu berichten. Die aus den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen begründeten Leistungen werden von der Deutschen Rentenversicherung zwar ausgezahlt, jedoch erstattet der Bund der Deutschen Rentenversicherung die Aufwendungen hierfür einschließlich ihrer Aufwendungen für die Krankenversicherung der Rentner sowie der anfallenden Verwaltungsausgaben. Als Erstattungsleistung haben sie somit keine Auswirkung auf die Finanzlage der Rentenversicherung und sind damit zur Erfüllung des Berichtsauftrags irrelevant.

5. Wird die Bundesregierung den im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD geplanten höheren Anteil bei den Erstattungen an die Rentenversicherung für die Ansprüche aus Sonder- und Zusatzversorgungssystemen durch den Bund und damit eine Entlastung der ostdeutschen Länder im Jahr 2019 übernehmen?

   Wenn nein, warum nicht?

Die Erstattungen für Aufwendungen aufgrund der Überführung von Sonder- und Zusatzversorgungssystemen in die gesetzliche Rentenversicherung sind im Zusammenhang mit den Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu betrachten und die Veränderung des Erstattungsanteils gehört nicht zu den als prioritär definierten Vorhaben des Koalitionsvertrages. Die Frage des Erstattungsanteils wirkt sich nicht auf die Leistungshöhe aus. Für die Versicherten und Rentenbeziehenden ist dieses Thema ohne jegliche Bedeutung.

6. Wie hat sich im Rentenbestand die Anzahl der Renten mit Auffüllbeträgen bzw. Rentenzuschlägen bzw. überführten Zusatz- und Sonderversorgungen seit 1992 entwickelt (bitte nach Jahr und aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Wohnort nach Bundesländern darstellen)?

Die erfragten Informationen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Statistische Daten für das Jahr 2018 liegen noch nicht vor.

Anzahl der Renten mit Rentenzuschlag/Auffüllbetrag und mit Zusatz- oder Sonderversorgung nach dem AAÜG, Rentenbestand

Anzahl der Renten mit:		Rentenzuschlag/Auffüllbetrag			mit Zusatz- oder Sonderversorgung nach dem AAÜG		
Jahr	Bundesland	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinterbliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinterbliebene einer weiblichen Versicherten	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinterbliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinterbliebene einer weiblichen Versicherten
1992	Schleswig-Holstein	701	193	508	82	58	24
	Hamburg	265	67	198	26	15	11
	Niedersachsen	2.504	655	1.849	223	153	70
	Bremen	142	34	108	13	12	1
	Nordrhein-Westfalen	10.420	2.256	8.164	218	145	73
	Hessen	1.346	333	1.013	132	94	38
	Rheinland-Pfalz	747	192	555	53	40	13
	Baden-Württemberg	1.621	405	1.216	139	99	40
	Bayern	2.162	572	1.590	211	137	74
	Saarland	98	22	76	6	3	3
	Berlin	133.198	25.431	107.767	32.607	21.557	11.050
	Mecklenburg-Vorpommern	246.876	59.800	187.076	24.411	16.697	7.714
	Brandenburg	350.129	82.926	267.203	33.944	23.170	10.774
	Sachsen-Anhalt	431.305	101.585	329.720	35.119	24.155	10.964
	Sachsen	764.965	159.333	605.632	61.234	43.702	17.532
	Thüringen	393.594	91.651	301.943	32.517	22.561	9.956
	Ausland	897	520	377	1	1	-
	ohne Angabe	10.078	3.863	6.215	127	96	31
	Insgesamt	2.351.048	529.838	1.821.210	221.063	152.695	68.368
1993	Schleswig-Holstein	938	264	674	138	89	49
	Hamburg	387	96	291	28	15	13
	Niedersachsen	3.424	923	2.501	376	254	122
	Bremen	203	51	152	19	17	2
	Nordrhein-Westfalen	3.633	943	2.690	332	213	119
	Hessen	1.801	456	1.345	180	127	53
	Rheinland-Pfalz	994	263	731	86	60	26
	Baden-Württemberg	2.254	588	1.666	207	136	71
	Bayern	3.148	896	2.252	331	206	125
	Saarland	146	43	103	11	5	6
	Berlin	135.843	26.656	109.187	33.518	21.640	11.878
	Mecklenburg-Vorpommern	251.648	62.858	188.790	25.572	17.300	8.272
	Brandenburg	352.070	84.374	267.696	35.275	23.789	11.486
	Sachsen-Anhalt	430.820	102.408	328.412	35.702	24.213	11.489
	Sachsen	760.603	161.408	599.195	62.046	43.836	18.210
	Thüringen	390.329	92.537	297.792	33.649	23.254	10.395
	Ausland	541	273	268	10	6	4
	ohne Angabe	13.406	4.406	9.000	116	90	26
	Insgesamt	2.352.188	539.443	1.812.745	227.596	155.250	72.346
1994	Schleswig-Holstein	1.162	309	853	246	160	86
	Hamburg	456	113	343	63	42	21
	Niedersachsen	4.667	1.245	3.422	766	529	237
	Bremen	252	62	190	32	27	5
	Nordrhein-Westfalen	4.396	1.069	3.327	638	422	216
	Hessen	2.260	566	1.694	326	223	103
	Rheinland-Pfalz	1.194	304	890	157	113	44
	Baden-Württemberg	2.811	705	2.106	453	312	141
	Bayern	4.063	1.103	2.960	620	423	197
	Saarland	156	46	110	19	10	9
	Berlin	129.553	24.920	104.633	41.013	26.786	14.227
	Mecklenburg-Vorpommern	244.530	59.419	185.111	31.996	21.565	10.431
	Brandenburg	339.720	80.466	259.254	44.986	30.665	14.321
	Sachsen-Anhalt	412.885	95.189	317.696	43.146	29.214	13.932
	Sachsen	730.075	151.704	578.371	76.246	53.752	22.494
	Thüringen	368.773	84.588	284.185	40.905	28.178	12.727
	Ausland	854	482	372	25	17	8
	ohne Angabe	5.296	1.290	4.006	170	120	50
	Insgesamt	2.253.103	503.580	1.749.523	281.807	192.558	89.249
1995	Schleswig-Holstein	1.315	329	986	429	293	136
	Hamburg	505	121	384	124	80	44
	Niedersachsen	5.077	1.322	3.755	1.218	862	356
	Bremen	292	68	224	63	49	14
	Nordrhein-Westfalen	4.852	1.109	3.743	1.121	791	330
	Hessen	2.535	580	1.955	590	424	166
	Rheinland-Pfalz	1.340	317	1.023	317	225	92
	Baden-Württemberg	3.204	752	2.452	848	616	232
	Bayern	4.715	1.198	3.517	1.128	815	313
	Saarland	158	36	122	46	33	13
	Berlin	118.719	21.182	97.537	53.335	35.475	17.860
	Mecklenburg-Vorpommern	226.797	52.094	174.703	46.509	31.658	14.851
	Brandenburg	314.580	70.079	244.501	65.156	45.369	19.787
	Sachsen-Anhalt	379.575	82.007	297.568	58.610	39.656	18.954
	Sachsen	671.681	129.486	542.195	105.715	73.721	31.994
	Thüringen	341.834	72.738	269.096	57.146	39.084	18.062
	Ausland	2.185	1.301	884	99	76	23
	ohne Angabe	3.269	626	2.643	292	205	87
	Insgesamt	2.082.633	435.345	1.647.288	392.746	269.432	123.314

Anzahl der Renten mit:		Rentenzuschlag/Auffüllbetrag			mit Zusatz- oder Sonderversorgung nach dem AAÜG		
Jahr	Bundes-land	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinter-bliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinter-bliebene einer weiblichen Versicherten	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinter-bliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinter-bliebene einer weiblichen Versicherten
1996	Schleswig-Holstein	1.349	325	1.024	644	447	197
	Hamburg	507	103	404	210	146	64
	Niedersachsen	5.211	1.180	4.031	1.885	1.367	518
	Bremen	301	64	237	99	77	22
	Nordrhein-Westfalen	4.957	996	3.961	1.668	1.195	473
	Hessen	2.557	536	2.021	926	685	241
	Rheinland-Pfalz	1.383	299	1.084	518	388	130
	Baden-Württemberg	3.339	686	2.653	1.314	965	349
	Bayern	5.019	1.163	3.856	1.858	1.321	537
	Saarland	158	32	126	61	45	16
	Berlin	106.296	17.118	89.178	63.706	41.698	22.008
	Mecklenburg-Vorpommern	204.678	41.761	162.917	59.258	40.735	18.523
	Brandenburg	286.065	56.584	229.481	79.422	54.875	24.547
	Sachsen-Anhalt	339.466	63.562	275.904	72.314	49.373	22.941
	Sachsen	597.956	97.993	499.963	129.851	90.877	38.974
	Thüringen	305.716	55.942	249.774	73.769	50.876	22.893
	Ausland	1.672	910	762	178	137	41
	ohne Angabe	2.120	399	1.721	683	468	215
	Insgesamt	1.868.750	339.653	1.529.097	488.364	335.675	152.689
1997	Schleswig-Holstein	1.400	327	1.073	841	593	248
	Hamburg	540	114	426	300	213	87
	Niedersachsen	5.848	1.266	4.582	2.457	1.783	674
	Bremen	294	67	227	147	113	34
	Nordrhein-Westfalen	4.982	958	4.024	2.404	1.812	592
	Hessen	2.595	517	2.078	1.226	919	307
	Rheinland-Pfalz	1.395	251	1.144	681	520	161
	Baden-Württemberg	3.356	630	2.726	1.784	1.354	430
	Bayern	5.161	1.130	4.031	2.471	1.801	670
	Saarland	152	29	123	91	73	18
	Berlin	94.854	14.602	80.252	69.582	45.771	23.811
	Mecklenburg-Vorpommern	189.049	36.149	152.900	66.919	46.480	20.439
	Brandenburg	261.513	47.888	213.625	89.941	62.574	27.367
	Sachsen-Anhalt	310.309	53.658	256.651	80.809	55.718	25.091
	Sachsen	542.540	80.748	461.792	144.540	101.757	42.783
	Thüringen	278.102	46.683	231.419	85.078	59.260	25.818
	Ausland	1.843	850	993	235	183	52
	ohne Angabe	1.075	324	751	749	501	248
	Insgesamt	1.705.008	286.191	1.418.817	550.255	381.425	168.830
1998	Schleswig-Holstein	1.429	299	1.130	1.017	712	305
	Hamburg	526	122	404	381	268	113
	Niedersachsen	5.723	1.202	4.521	2.892	2.093	799
	Bremen	284	72	212	165	124	41
	Nordrhein-Westfalen	4.848	892	3.956	3.078	2.367	711
	Hessen	2.563	497	2.066	1.476	1.104	372
	Rheinland-Pfalz	1.340	221	1.119	830	644	186
	Baden-Württemberg	3.339	594	2.745	2.202	1.674	528
	Bayern	5.173	1.090	4.083	2.993	2.198	795
	Saarland	151	31	120	113	85	28
	Berlin	84.934	12.587	72.347	73.751	48.211	25.540
	Mecklenburg-Vorpommern	173.671	31.605	142.066	72.888	50.616	22.272
	Brandenburg	238.684	41.524	197.160	97.691	67.609	30.082
	Sachsen-Anhalt	281.450	45.861	235.589	87.360	60.369	26.991
	Sachsen	489.714	68.125	421.589	154.993	108.882	46.111
	Thüringen	251.641	39.715	211.926	92.404	64.315	28.089
	Ausland	1.781	791	990	309	239	70
	ohne Angabe	959	349	610	765	542	223
	Insgesamt	1.548.210	245.577	1.302.633	595.308	412.052	183.256
1999	Schleswig-Holstein	1.379	291	1.088	1.167	825	342
	Hamburg	488	102	386	449	313	136
	Niedersachsen	5.352	1.077	4.275	3.340	2.441	899
	Bremen	252	58	194	194	146	48
	Nordrhein-Westfalen	4.516	775	3.741	3.475	2.660	815
	Hessen	2.397	429	1.968	1.696	1.261	435
	Rheinland-Pfalz	1.288	198	1.090	927	714	213
	Baden-Württemberg	3.141	533	2.608	2.505	1.871	634
	Bayern	4.788	935	3.853	3.479	2.559	920
	Saarland	130	25	105	130	97	33
	Berlin	73.209	10.296	62.913	77.078	49.873	27.205
	Mecklenburg-Vorpommern	154.217	26.013	128.204	78.320	54.065	24.255
	Brandenburg	209.590	33.782	175.808	105.897	72.807	33.090
	Sachsen-Anhalt	245.767	36.858	208.909	94.225	65.032	29.193
	Sachsen	427.099	54.687	372.412	165.948	116.022	49.926
	Thüringen	219.659	31.615	188.044	99.042	68.712	30.330
	Ausland	1.830	805	1.025	527	432	95
	ohne Angabe	552	196	356	568	414	154
	Insgesamt	1.355.654	198.675	1.156.979	638.967	440.244	198.723

Anzahl der Renten mit:		Rentenzuschlag/Auffüllbetrag			mit Zusatz- oder Sonderversorgung nach dem AAÜG		
Jahr	Bundes-land	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinter-bliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinter-bliebene einer weiblichen Versicherten	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinter-bliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinter-bliebene einer weiblichen Versicherten
2000	Schleswig-Holstein	1.278	278	1.000	1.394	973	421
	Hamburg	456	95	361	507	348	159
	Niedersachsen	5.026	1.027	3.999	4.032	2.933	1.099
	Bremen	224	50	174	225	171	54
	Nordrhein-Westfalen	4.123	717	3.406	3.966	3.033	933
	Hessen	2.224	415	1.809	1.949	1.444	505
	Rheinland-Pfalz	1.173	180	993	1.102	833	269
	Baden-Württemberg	2.857	480	2.377	2.870	2.116	754
	Bayern	4.420	892	3.528	4.149	3.068	1.081
	Saarland	113	23	90	149	106	43
	Berlin	64.526	9.315	55.211	82.167	53.267	28.900
	Mecklenburg-Vorpommern	137.616	23.544	114.072	84.848	58.576	26.272
	Brandenburg	183.983	29.695	154.288	116.063	79.822	36.241
	Sachsen-Anhalt	216.435	32.307	184.128	104.705	72.704	32.001
	Sachsen	367.883	46.912	320.971	182.977	129.133	53.844
	Thüringen	189.213	27.624	161.589	106.994	74.477	32.517
	Ausland	1.661	699	962	600	473	127
	ohne Angabe	2.045	605	1.440	1.201	824	377
	Insgesamt	1.185.256	174.858	1.010.398	699.898	484.301	215.597
2001	Schleswig-Holstein	1.015	203	812	1.596	1.111	485
	Hamburg	352	84	268	591	417	174
	Niedersachsen	3.892	817	3.075	4.649	3.392	1.257
	Bremen	175	39	136	248	189	59
	Nordrhein-Westfalen	3.116	555	2.561	4.414	3.384	1.030
	Hessen	1.661	333	1.328	2.209	1.621	588
	Rheinland-Pfalz	873	149	724	1.223	916	307
	Baden-Württemberg	2.167	395	1.772	3.310	2.419	891
	Bayern	3.299	675	2.624	4.965	3.645	1.320
	Saarland	86	22	64	172	123	49
	Berlin	46.296	6.712	39.584	88.361	57.788	30.573
	Mecklenburg-Vorpommern	103.717	16.561	87.156	91.893	63.702	28.191
	Brandenburg	132.865	20.129	112.736	128.746	89.562	39.184
	Sachsen-Anhalt	155.166	21.137	134.029	115.382	81.135	34.247
	Sachsen	251.669	30.620	221.049	205.065	146.728	58.337
	Thüringen	132.358	18.317	114.041	116.550	81.866	34.684
	Ausland	1.510	624	886	790	633	157
	ohne Angabe	2.045	628	1.417	1.115	777	338
	Insgesamt	842.262	118.000	724.262	771.279	539.408	231.871
2002	Schleswig-Holstein	824	171	653	1.808	1.264	544
	Hamburg	274	70	204	688	479	209
	Niedersachsen	2.852	560	2.292	5.314	3.877	1.437
	Bremen	123	30	93	277	214	63
	Nordrhein-Westfalen	2.239	403	1.836	4.979	3.787	1.192
	Hessen	1.137	235	902	2.495	1.831	664
	Rheinland-Pfalz	591	111	480	1.416	1.061	355
	Baden-Württemberg	1.562	304	1.258	3.782	2.759	1.023
	Bayern	2.378	474	1.904	5.823	4.266	1.557
	Saarland	71	17	54	186	136	50
	Berlin	31.645	4.437	27.208	94.775	62.144	32.631
	Mecklenburg-Vorpommern	75.362	10.143	65.219	99.568	69.292	30.276
	Brandenburg	92.129	12.231	79.898	141.594	99.271	42.323
	Sachsen-Anhalt	107.923	12.771	95.152	126.201	89.476	36.725
	Sachsen	165.734	18.665	147.069	226.957	163.861	63.096
	Thüringen	89.470	10.845	78.625	125.968	89.258	36.710
	Ausland	1.265	461	804	699	534	165
	ohne Angabe	1.732	635	1.097	1.495	1.096	399
	Insgesamt	577.311	72.563	504.748	844.025	594.606	249.419
2003	Schleswig-Holstein	680	129	551	1.983	1.380	603
	Hamburg	232	60	172	807	578	229
	Niedersachsen	2.500	468	2.032	5.867	4.274	1.593
	Bremen	104	24	80	297	228	69
	Nordrhein-Westfalen	1.860	337	1.523	5.452	4.120	1.332
	Hessen	986	213	773	2.779	2.035	744
	Rheinland-Pfalz	503	91	412	1.575	1.185	390
	Baden-Württemberg	1.309	247	1.062	4.258	3.108	1.150
	Bayern	2.044	416	1.628	6.520	4.757	1.763
	Saarland	61	13	48	200	148	52
	Berlin	26.205	3.671	22.534	97.554	63.655	33.899
	Mecklenburg-Vorpommern	63.803	8.087	55.716	103.928	71.869	32.059
	Brandenburg	76.580	9.706	66.874	146.315	101.335	44.980
	Sachsen-Anhalt	90.039	10.266	79.773	131.621	92.809	38.812
	Sachsen	135.426	15.055	120.371	237.487	170.756	66.731
	Thüringen	73.621	8.574	65.047	131.516	92.791	38.725
	Ausland	1.154	423	731	842	609	233
	ohne Angabe	1.430	543	887	1.212	857	355
	Insgesamt	478.537	58.323	420.214	880.213	616.494	263.719

Anzahl der Renten mit:		Rentenzuschlag/Auffüllbetrag			mit Zusatz- oder Sonderversorgung nach dem AAÜG		
Jahr	Bundes-land	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinter-bliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinter-bliebene einer weiblichen Versicherten	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinter-bliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinter-bliebene einer weiblichen Versicherten
2004	Schleswig-Holstein	644	120	524	2.192	1.527	665
	Hamburg	210	50	160	897	645	252
	Niedersachsen	2.308	426	1.882	6.428	4.666	1.762
	Bremen	104	22	82	319	249	70
	Nordrhein-Westfalen	1.712	299	1.413	6.020	4.485	1.535
	Hessen	918	185	733	3.128	2.270	858
	Rheinland-Pfalz	487	84	403	1.723	1.280	443
	Baden-Württemberg	1.260	219	1.041	4.775	3.479	1.296
	Bayern	1.937	379	1.558	7.275	5.262	2.013
	Saarland	62	14	48	225	163	62
	Berlin	23.951	3.348	20.603	101.380	65.992	35.388
	Mecklenburg-Vorpommern	58.689	7.306	51.383	109.284	75.525	33.759
	Brandenburg	70.023	8.783	61.240	154.931	107.061	47.870
	Sachsen-Anhalt	82.185	9.245	72.940	138.772	97.935	40.837
	Sachsen	123.574	13.616	109.958	251.267	180.559	70.708
	Thüringen	67.323	7.784	59.539	138.197	97.653	40.544
	Ausland	1.131	396	735	1.040	759	281
	ohne Angabe	1.262	507	755	984	729	255
	Insgesamt	437.780	52.783	384.997	928.837	650.239	278.598
2005	Schleswig-Holstein	579	108	471	2.416	1.680	736
	Hamburg	213	53	160	990	717	273
	Niedersachsen	2.154	389	1.765	7.019	5.070	1.949
	Bremen	96	22	74	350	267	83
	Nordrhein-Westfalen	1.598	287	1.311	6.466	4.810	1.656
	Hessen	852	161	691	3.427	2.470	957
	Rheinland-Pfalz	447	74	373	1.924	1.427	497
	Baden-Württemberg	1.171	181	990	5.281	3.839	1.442
	Bayern	1.788	324	1.464	7.961	5.744	2.217
	Saarland	58	13	45	246	177	69
	Berlin	21.972	3.132	18.840	104.771	68.050	36.721
	Mecklenburg-Vorpommern	53.800	6.557	47.243	113.795	78.620	35.175
	Brandenburg	64.115	8.094	56.021	162.042	111.708	50.334
	Sachsen-Anhalt	75.490	8.476	67.014	145.724	102.774	42.950
	Sachsen	112.725	12.341	100.384	263.166	188.979	74.187
	Thüringen	61.618	7.137	54.481	143.625	101.622	42.003
	Ausland	920	366	554	923	611	312
	ohne Angabe	1.295	615	680	1.944	1.480	464
	Insgesamt	400.891	48.330	352.561	972.070	680.045	292.025
2006	Schleswig-Holstein	545	103	442	2.638	1.811	827
	Hamburg	203	49	154	1.066	767	299
	Niedersachsen	1.998	342	1.656	7.550	5.442	2.108
	Bremen	84	16	68	395	294	101
	Nordrhein-Westfalen	1.486	257	1.229	7.001	5.127	1.874
	Hessen	794	144	650	3.741	2.683	1.058
	Rheinland-Pfalz	425	64	361	2.078	1.532	546
	Baden-Württemberg	1.104	166	938	5.809	4.212	1.597
	Bayern	1.682	269	1.413	8.667	6.193	2.474
	Saarland	55	10	45	261	188	73
	Berlin	20.165	2.885	17.280	107.713	69.802	37.911
	Mecklenburg-Vorpommern	49.772	6.067	43.705	117.324	80.966	36.358
	Brandenburg	58.481	7.341	51.140	167.194	114.805	52.389
	Sachsen-Anhalt	68.790	7.637	61.153	150.617	106.028	44.589
	Sachsen	101.771	10.884	90.887	271.843	194.918	76.925
	Thüringen	55.998	6.462	49.536	148.869	105.154	43.715
	Ausland	846	334	512	1.113	731	382
	ohne Angabe	1.363	748	615	2.363	1.974	389
	Insgesamt	365.562	43.778	321.784	1.006.242	702.627	303.615
2007	Schleswig-Holstein	494	87	407	2.854	1.957	897
	Hamburg	174	38	136	1.150	829	321
	Niedersachsen	1.784	291	1.493	8.028	5.738	2.290
	Bremen	74	11	63	426	322	104
	Nordrhein-Westfalen	1.284	218	1.066	7.483	5.418	2.065
	Hessen	702	124	578	4.031	2.874	1.157
	Rheinland-Pfalz	376	47	329	2.246	1.646	600
	Baden-Württemberg	954	146	808	6.250	4.516	1.734
	Bayern	1.508	242	1.266	9.342	6.648	2.694
	Saarland	54	12	42	282	205	77
	Berlin	17.579	2.528	15.051	108.955	70.115	38.840
	Mecklenburg-Vorpommern	43.947	5.269	38.678	119.915	82.678	37.237
	Brandenburg	51.199	6.438	44.761	170.954	116.968	53.986
	Sachsen-Anhalt	60.022	6.496	53.526	154.532	108.309	46.223
	Sachsen	87.716	9.266	78.450	279.600	199.463	80.137
	Thüringen	48.522	5.605	42.917	152.848	107.473	45.375
	Ausland	792	306	486	1.323	877	446
	ohne Angabe	1.952	719	1.233	6.716	4.805	1.911
	Insgesamt	319.133	37.843	281.290	1.036.935	720.841	316.094

Anzahl der Renten mit:		Rentenzuschlag/Auffüllbetrag			mit Zusatz- oder Sonderversorgung nach dem AAÜG		
Jahr	Bundes-land	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinter-bliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinter-bliebene einer weiblichen Versicherten	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinter-bliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinter-bliebene einer weiblichen Versicherten
2008	Schleswig-Holstein	410	76	334	3.004	2.061	943
	Hamburg	151	33	118	1.168	842	326
	Niedersachsen	1.481	229	1.252	8.325	5.934	2.391
	Bremen	59	10	49	452	340	112
	Nordrhein-Westfalen	1.037	155	882	7.682	5.579	2.103
	Hessen	554	82	472	4.212	3.024	1.188
	Rheinland-Pfalz	293	38	255	2.329	1.708	621
	Baden-Württemberg	777	100	677	6.473	4.683	1.790
	Bayern	1.201	176	1.025	9.756	6.982	2.774
	Saarland	41	9	32	278	204	74
	Berlin	13.941	1.723	12.218	108.580	70.079	38.501
	Mecklenburg-Vorpommern	35.680	3.289	32.391	121.567	83.926	37.641
	Brandenburg	41.272	4.122	37.150	173.266	118.813	54.453
	Sachsen-Anhalt	49.028	4.316	44.712	155.686	109.352	46.334
	Sachsen	71.473	6.658	64.815	281.039	201.134	79.905
	Thüringen	39.377	3.780	35.597	153.852	108.524	45.328
	Ausland	714	285	429	1.522	1.001	521
	ohne Angabe	612	462	150	1.452	1.405	47
	Insgesamt	258.101	25.543	232.558	1.040.643	725.591	315.052
2009	Schleswig-Holstein	307	43	264	3.248	2.219	1.029
	Hamburg	105	25	80	1.288	913	375
	Niedersachsen	1.115	186	929	8.898	6.292	2.606
	Bremen	49	10	39	477	361	116
	Nordrhein-Westfalen	789	134	655	8.213	5.875	2.338
	Hessen	403	79	324	4.610	3.241	1.369
	Rheinland-Pfalz	241	37	204	2.533	1.833	700
	Baden-Württemberg	578	87	491	7.013	5.013	2.000
	Bayern	936	157	779	10.581	7.443	3.138
	Saarland	29	9	20	302	218	84
	Berlin	10.935	1.683	9.252	112.799	71.985	40.814
	Mecklenburg-Vorpommern	29.109	3.359	25.750	126.404	86.184	40.220
	Brandenburg	32.900	4.194	28.706	180.552	122.340	58.212
	Sachsen-Anhalt	38.962	4.207	34.755	162.474	112.398	50.076
	Sachsen	53.768	5.831	47.937	293.328	207.015	86.313
	Thüringen	30.582	3.665	26.917	160.302	111.406	48.896
	Ausland	630	242	388	1.759	1.144	615
	ohne Angabe	588	458	130	1.412	1.354	58
	Insgesamt	202.026	24.406	177.620	1.086.193	747.234	338.959
2010	Schleswig-Holstein	294	44	250	3.413	2.301	1.112
	Hamburg	97	22	75	1.345	945	400
	Niedersachsen	998	164	834	9.258	6.508	2.750
	Bremen	46	10	36	491	369	122
	Nordrhein-Westfalen	695	119	576	8.610	6.121	2.489
	Hessen	354	67	287	4.804	3.332	1.472
	Rheinland-Pfalz	217	31	186	2.679	1.916	763
	Baden-Württemberg	531	78	453	7.320	5.198	2.122
	Bayern	870	141	729	11.090	7.768	3.322
	Saarland	26	7	19	307	220	87
	Berlin	9.837	1.565	8.272	113.916	72.268	41.648
	Mecklenburg-Vorpommern	26.238	3.046	23.192	128.937	87.192	41.745
	Brandenburg	29.378	3.750	25.628	182.842	122.794	60.048
	Sachsen-Anhalt	34.678	3.719	30.959	164.477	112.557	51.920
	Sachsen	48.086	5.276	42.810	298.545	209.333	89.212
	Thüringen	27.421	3.314	24.107	163.032	112.387	50.645
	Ausland	580	225	355	1.949	1.263	686
	Unbekannt	828	693	135	4.371	4.234	137
	Insgesamt	181.174	22.271	158.903	1.107.386	756.706	350.680
2011	Schleswig-Holstein	264	40	224	3.594	2.414	1.180
	Hamburg	82	17	65	1.418	980	438
	Niedersachsen	881	150	731	9.788	6.849	2.939
	Bremen	39	11	28	500	372	128
	Nordrhein-Westfalen	600	97	503	9.009	6.362	2.647
	Hessen	307	58	249	5.165	3.556	1.609
	Rheinland-Pfalz	191	32	159	2.860	2.021	839
	Baden-Württemberg	472	73	399	7.751	5.451	2.300
	Bayern	771	131	640	11.737	8.210	3.527
	Saarland	22	5	17	330	235	95
	Berlin	8.554	1.415	7.139	115.274	72.738	42.536
	Mecklenburg-Vorpommern	22.664	2.644	20.020	131.902	88.700	43.202
	Brandenburg	25.468	3.396	22.072	187.572	125.858	61.714
	Sachsen-Anhalt	30.300	3.525	26.775	169.710	115.826	53.884
	Sachsen	41.518	4.892	36.626	306.590	213.599	92.991
	Thüringen	23.574	2.994	20.580	167.612	114.925	52.687
	Ausland	502	172	330	2.129	1.379	750
	Unbekannt	188	126	62	230	179	51
	Insgesamt	156.397	19.778	136.619	1.133.171	769.654	363.517

Anzahl der Renten mit:		Rentenzuschlag/Auffüllbetrag			mit Zusatz- oder Sonderversorgung nach dem AAÜG		
Jahr	Bundes-land	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinter-bliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinter-bliebene einer weiblichen Versicherten	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinter-bliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinter-bliebene einer weiblichen Versicherten
2012	Schleswig-Holstein	206	26	180	3.815	2.550	1.265
	Hamburg	62	11	51	1.480	1.019	461
	Niedersachsen	725	127	598	10.247	7.127	3.120
	Bremen	32	8	24	509	380	129
	Nordrhein-Westfalen	484	78	406	9.340	6.565	2.775
	Hessen	262	52	210	5.456	3.745	1.711
	Rheinland-Pfalz	148	26	122	3.006	2.114	892
	Baden-Württemberg	365	58	307	8.215	5.764	2.451
	Bayern	629	116	513	12.355	8.589	3.766
	Saarland	17	4	13	345	244	101
	Berlin	6.961	1.182	5.779	116.540	73.286	43.254
	Mecklenburg-Vorpommern	18.490	2.193	16.297	134.351	90.030	44.321
	Brandenburg	20.749	2.885	17.864	190.986	127.661	63.325
	Sachsen-Anhalt	24.893	3.070	21.823	172.859	117.466	55.393
	Sachsen	33.689	4.176	29.513	311.976	216.540	95.436
	Thüringen	19.048	2.562	16.486	170.678	116.561	54.117
	Ausland	441	144	297	2.304	1.494	810
	Unbekannt	199	137	62	242	184	58
	Insgesamt	127.400	16.855	110.545	1.154.704	781.319	373.385
2013	Schleswig-Holstein	164	22	142	4.088	2.723	1.365
	Hamburg	47	9	38	1.571	1.070	501
	Niedersachsen	576	95	481	10.683	7.414	3.269
	Bremen	18	3	15	511	375	136
	Nordrhein-Westfalen	385	66	319	9.797	6.861	2.936
	Hessen	215	43	172	5.743	3.913	1.830
	Rheinland-Pfalz	118	24	94	3.147	2.202	945
	Baden-Württemberg	280	49	231	8.623	6.015	2.608
	Bayern	502	92	410	13.087	9.105	3.982
	Saarland	13	3	10	344	245	99
	Berlin	5.536	1.000	4.536	119.439	75.354	44.085
	Mecklenburg-Vorpommern	14.637	1.812	12.825	137.016	91.664	45.352
	Brandenburg	16.464	2.482	13.982	195.516	130.360	65.156
	Sachsen-Anhalt	19.998	2.725	17.273	175.407	119.181	56.226
	Sachsen	26.484	3.597	22.887	316.905	219.606	97.299
	Thüringen	14.966	2.156	12.810	173.964	118.679	55.285
	Ausland	375	128	247	2.481	1.626	855
	Unbekannt	204	138	66	217	151	66
	Insgesamt	100.982	14.444	86.538	1.178.539	796.544	381.995
2014	Schleswig-Holstein	132	17	115	4.353	2.899	1.454
	Hamburg	40	7	33	1.688	1.148	540
	Niedersachsen	466	80	386	11.195	7.758	3.437
	Bremen	15	3	12	534	384	150
	Nordrhein-Westfalen	307	55	252	10.311	7.220	3.091
	Hessen	182	41	141	6.138	4.168	1.970
	Rheinland-Pfalz	97	21	76	3.286	2.280	1.006
	Baden-Württemberg	233	37	196	9.135	6.370	2.765
	Bayern	396	77	319	13.904	9.631	4.273
	Saarland	13	3	10	352	249	103
	Berlin	4.519	870	3.649	121.336	76.422	44.914
	Mecklenburg-Vorpommern	11.531	1.372	10.159	140.078	93.474	46.604
	Brandenburg	13.191	2.080	11.111	199.626	132.918	66.708
	Sachsen-Anhalt	16.131	2.324	13.807	178.357	121.105	57.252
	Sachsen	20.823	2.994	17.829	322.121	222.920	99.201
	Thüringen	11.860	1.808	10.052	177.650	120.973	56.677
	Ausland	322	106	216	2.618	1.710	908
	Unbekannt	188	129	59	243	182	61
	Insgesamt	80.446	12.024	68.422	1.202.925	811.811	391.114
2015	Schleswig-Holstein	106	17	89	4.704	3.115	1.589
	Hamburg	36	9	27	1.786	1.211	575
	Niedersachsen	383	71	312	11.936	8.253	3.683
	Bremen	12	3	9	556	396	160
	Nordrhein-Westfalen	261	53	208	10.967	7.625	3.342
	Hessen	157	35	122	6.574	4.443	2.131
	Rheinland-Pfalz	84	19	65	3.552	2.451	1.101
	Baden-Württemberg	194	34	160	9.793	6.793	3.000
	Bayern	322	67	255	14.904	10.236	4.668
	Saarland	11	3	8	372	260	112
	Berlin	3.761	787	2.974	123.279	77.305	45.974
	Mecklenburg-Vorpommern	9.454	1.231	8.223	143.902	95.448	48.454
	Brandenburg	10.719	1.856	8.863	205.203	135.932	69.271
	Sachsen-Anhalt	12.825	2.006	10.819	181.973	123.095	58.878
	Sachsen	16.751	2.581	14.170	329.712	226.930	102.782
	Thüringen	9.442	1.545	7.897	181.777	123.146	58.631
	Ausland	264	87	177	2.830	1.858	972
	Unbekannt	137	92	45	358	239	119
	Insgesamt	64.919	10.496	54.423	1.234.178	828.736	405.442

Anzahl der Renten mit:		**Rentenzuschlag/Auffüllbetrag**			**mit Zusatz- oder Sonderversorgung nach dem AAÜG**		
Jahr	**Bundesland**	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinterbliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinterbliebene einer weiblichen Versicherten	Männer und Frauen	Männer bzw. Hinterbliebene eines männlichen Versicherten	Frauen bzw. Hinterbliebene einer weiblichen Versicherten
2016	Schleswig-Holstein	95	18	77	5.295	3.489	1.806
	Hamburg	36	9	27	1.960	1.305	655
	Niedersachsen	293	67	226	12.846	8.755	4.091
	Bremen	10	3	7	592	421	171
	Nordrhein-Westfalen	210	46	164	11.753	8.071	3.682
	Hessen	133	31	102	7.098	4.760	2.338
	Rheinland-Pfalz	60	17	43	3.805	2.609	1.196
	Baden-Württemberg	157	27	130	10.575	7.320	3.255
	Bayern	259	57	202	16.141	10.976	5.165
	Saarland	9	3	6	395	273	122
	Berlin	2.966	678	2.288	124.482	77.708	46.774
	Mecklenburg-Vorpommern	7.056	1.074	5.982	147.720	97.289	50.431
	Brandenburg	8.111	1.595	6.516	210.907	139.105	71.802
	Sachsen-Anhalt	9.766	1.758	8.008	184.979	124.740	60.239
	Sachsen	12.527	2.177	10.350	336.707	230.681	106.026
	Thüringen	7.044	1.312	5.732	186.160	125.470	60.690
	Ausland	203	70	133	3.122	2.057	1.065
	Unbekannt	91	67	24	196	136	60
	Insgeamt	49.026	9.009	40.017	1.264.733	845.165	419.568
2017	Schleswig-Holstein	84	18	66	5.839	3.801	2.038
	Hamburg	31	8	23	2.105	1.392	713
	Niedersachsen	263	65	198	13.844	9.356	4.488
	Bremen	11	4	7	631	439	192
	Nordrhein-Westfalen	175	42	133	12.474	8.535	3.939
	Hessen	112	33	79	7.536	5.019	2.517
	Rheinland-Pfalz	51	14	37	4.068	2.756	1.312
	Baden-Württemberg	133	26	107	11.255	7.732	3.523
	Bayern	206	52	154	17.193	11.635	5.558
	Saarland	8	3	5	411	281	130
	Berlin	2.434	608	1.826	125.615	78.123	47.492
	Mecklenburg-Vorpommern	5.633	960	4.673	150.753	98.855	51.898
	Brandenburg	6.587	1.448	5.139	215.238	141.346	73.892
	Sachsen-Anhalt	7.714	1.558	6.156	187.518	125.851	61.667
	Sachsen	9.906	1.879	8.027	341.714	232.904	108.810
	Thüringen	5.562	1.136	4.426	189.353	126.985	62.368
	Ausland	150	45	105	3.379	2.229	1.150
	Unbekannt	48	45	3	71	69	2
	Insgeamt	39.108	7.944	31.164	1.288.997	857.308	431.689

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12., versch. Jahre, tlw. Sonderauswertung

7. Wie haben sich die durchschnittlichen Auffüllbeträge bzw. Zuschläge und Erstattungsbeträge seit 1992 jährlich entwickelt (brutto) und wie die Gesamtrentenzahlbeträge dieser Renten (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?

Die erfragten Informationen können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Statistische Daten für das Jahr 2018 liegen noch nicht vor. In die Auswertung wurden alle Rentenarten nach dem SGB VI einbezogen, sodass neben den Versichertenrenten auch – vergleichsweise geringere – abgeleitete Hinterbliebenenrenten enthalten sind. Es ist festzuhalten, dass allein aus der Höhe der durchschnittlichen Zahlbeträge grundsätzlich nicht auf das Gesamteinkommen (im Alter) geschlossen werden kann, da u. a. weitere Alterseinkommen und der Haushaltskontext nicht berücksichtigt sind. Darüber hinaus können den einzelnen Renten auch nur kurze Beitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung zugrunde liegen, da bereits nach fünf Jahren Wartezeit ein – entsprechend geringer – Rentenanspruch entsteht. Hintergrund ist z. B. der Wechsel des Versichertenstatus von der gesetzlichen Rentenversicherung in die Beamtenversorgung oder andere Alterssicherungssysteme nach der Wiedervereinigung.

Durchschnittliche Erstattungs- und Rentenzahlbeträge der Renten mit Rentenzuschlag/Auffüllbetrag und mit Zusatz- oder Sonderversorgung

nach dem AAÜG, Rentenbestand:

Renten mit:	Rentenzuschlag/Auffüllbetrag		Zusatz- oder Sonderversorgung nach dem AAÜG	
Jahr	durchschnittlicher Rentenzuschlag/ Auffüllbetrag (Euro)	durchschnittlicher Rentenzahlbetrag (Euro)	durchschnittlicher Gesamterstattungsbetrag nach dem AAÜG (Euro)	durchschnittlicher Rentenzahlbetrag (Euro)
Männer und Frauen				
1992	121	450	221	526
1993	121	516	227	617
1994	120	545	219	684
1995	117	569	236	793
1996	103	560	239	833
1997	88	566	287	901
1998	81	563	289	905
1999	68	565	293	927
2000	68	548	297	939
2001	75	510	305	974
2002	86	465	309	1.004
2003	89	451	313	1.011
2004	89	450	307	995
2005	89	448	302	985
2006	89	449	299	980
2007	91	442	296	977
2008	87	442	296	980
2009	100	405	299	1.005
2010	100	406	294	1.000
2011	102	398	296	1.000
2012	105	385	298	1.016
2013	110	367	303	1.039
2014	112	403	304	1.068
2015	114	391	303	1.085
2016	117	373	313	1.136
2017	121	364	316	1.165
Männer bzw. Hinterbliebene eines männlichen Versicherten				
1992	89	521	249	527
1993	93	605	264	628
1994	93	639	253	709
1995	87	678	273	833
1996	84	657	275	873
1997	74	670	337	953
1998	71	660	339	951
1999	57	669	343	971
2000	64	633	347	982
2001	71	561	353	1.015
2002	92	463	355	1.045
2003	100	437	361	1.051
2004	102	445	353	1.034
2005	105	449	347	1.022
2006	107	458	344	1.017
2007	111	453	340	1.013
2008	89	497	339	1.014
2009	135	403	345	1.038
2010	136	411	339	1.032
2011	141	404	341	1.031
2012	148	392	344	1.045
2013	156	373	350	1.067
2014	162	418	350	1.081
2015	167	403	350	1.095
2016	173	396	362	1.144
2017	178	395	367	1.170
Frauen bzw. Hinterbliebene einer weiblichen Versicherten				
1992	131	429	158	522
1993	129	489	147	595
1994	128	517	145	631
1995	125	540	155	706
1996	107	539	161	745
1997	91	545	175	785
1998	83	544	177	801
1999	70	547	182	829
2000	68	533	186	842
2001	76	501	194	878
2002	85	466	199	905
2003	88	453	202	916
2004	87	450	200	905
2005	87	448	198	899
2006	87	448	196	897
2007	88	441	195	897
2008	87	436	195	902
2009	95	405	198	931
2010	95	405	195	931
2011	96	397	200	935
2012	99	384	202	954
2013	102	366	205	981
2014	103	401	207	1.042
2015	104	389	207	1.064
2016	105	367	214	1.120
2017	106	356	217	1.155

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung - Rentenbestand am 31.12., versch. Jahre, tlw. Sonderauswertung



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333